

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Halo Saibold, Gila Altmann (Aurich) und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Rolf Olderog, Dr. Winfried Pinger, Ulrich
Schmalz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der
Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, Roland Kohn und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksachen 13/3142, 13/6485 –**

Tourismus in die Dritte Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung erhält folgende Fassung:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Tourismus der Reichen in die Länder der Armen ist für die betroffene Bevölkerung häufig mit gravierenden negativen Folgen verbunden. Unter den Rahmenbedingungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik läßt sich dies allenfalls in Ansätzen, nicht aber grundsätzlich ändern. Wo die unregulierte Marktmacht der großen Tourismusunternehmen auf die sozial ungeschützte Bevölkerung und auf mangelhafte politische Strukturen in den Zielgebieten stößt, sind ökologische und soziale Standards kaum durchsetzbar.

Hinzu kommt das grundsätzliche Problem des internationalen Ferntourismus, daß dieser fast ausschließlich über den Flugverkehr abgewickelt wird. Der Tourismus ist damit mitverantwortlich für die drohende Klimakatastrophe und die Verschwendung fossiler Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der explodierenden Wachstumsprognosen für den internationalen Tourismus sind tiefgreifende Maßnahmen dringend erforderlich: Es darf nicht bei einzelnen isolierten Projekten des sozial und ökologisch verträglichen Tourismus bleiben, während gleichzeitig der Massentourismus ungehemmt wuchert. Stattdessen ist auf eine Reduzierung der Zahl der Fernreisen hinzuwirken und gleichzeitig deren Qualität so aufzuwerten, daß die Bevölkerung in den Zielgebieten tatsächlich vom Tourismus profitieren kann.

Die Reiseveranstalter nehmen mit ihrem derzeitigen Angebot kaum auf die Interessen der Betroffenen Rücksicht. Wo eine tiefe soziale, kulturelle und wirtschaftliche Kluft zwischen den Touristinnen/Touristen und den Einheimischen besteht, ist eine gegenseitig bereichernde Begegnung nur sehr schwierig möglich. Die Initiative dafür müßte von den Gastgeberinnen/Gastgebern ausgehen; von den Gästen dürfte dieses Angebot nur mit großer Zurückhaltung und Sensibilität angenommen werden. Die verstärkt auftretenden Proteste der betroffenen Bevölkerung zeigen aber, daß die Realität weit davon entfernt ist.

Die Instrumente zur politischen Einflußnahme auf den Fern-tourismus sind derzeit nicht in ausreichendem Maße verfügbar. Zum Teil ist dies das Ergebnis der Politik der Bundesregierung, die sich im Zuge der Deregulierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht intensiv genug dafür eingesetzt hat, an die Stelle nationaler Regelungen internationale treten zu lassen.

Mit der notwendigen Umkehr der internationalen Tourismuspolitik kann sofort bei einer Reihe konkreter Einzelmaßnahmen begonnen werden. Gleichzeitig müssen aber außerhalb des engen Kompetenzbereichs der Tourismuspolitik rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Politik in den Zielländern ebenso wie in den Herkunftsländern die notwendige Einflußmöglichkeit auf die Tourismusentwicklung sichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Tourismuspolitik endlich den notwendigen hohen Stellenwert zu geben. Insbesondere durch Verhandlungen im Rahmen der World Trade Organization und der World Tourism Organization müssen die Ziel- und die Herkunftsländer des Tourismus die notwendigen rechtlichen Einflußmöglichkeiten erhalten, um soziale und ökologische Vorgaben gegenüber der Tourismuswirtschaft durchsetzen zu können;
2. sich mit Nachdruck für die Verabschiedung internationaler Abkommen einzusetzen, um einen verbindlichen Rahmen für die Tourismuspolitik zu schaffen. Insbesondere die Charta von Lanzarote ist verbindlich anzuerkennen und umzusetzen;
3. beschleunigt Verhandlungen auf internationaler Ebene zur Einführung der Flugbenzinbesteuerung zu führen. Schnelle Teillösungen sind dabei dem Stillstand vorzuziehen. Die Verwendung eines Teils des Aufkommens der Flugbenzinsteuer für die Entwicklungszusammenarbeit ist zu prüfen;
4. den Kampf gegen (Kinder)sextourismus durch den Abschluß internationaler Rechtshilfeabkommen entschieden fortzusetzen;
5. die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, die rechtlichen, institutionellen und planerischen Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Tourismusentwicklung in ihrem

Land zu schaffen. Der Schwerpunkt muß dabei auf der Umgestaltung des bestehenden Angebots anstelle eines weiteren Ausbaus liegen;

6. erste Schritte zu unternehmen, damit die Reiseveranstalter ihr Angebot sozial und ökologisch ausrichten. Die Einführung eines Gütesiegels mit strengen, unter Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen, ausgearbeiteten Kriterien und die Einführung eines EU-Ökosozial-Audits für Unternehmen der Tourismuswirtschaft sind als weiche Instrumente voranzutreiben. Darüber hinaus sind die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, einzelne mit besonders negativen Folgen verbundene Angebote der Reiseveranstalter zu verbieten;
7. die bisher durchgeführten Projekte eines sozial und ökologisch verträglichen Tourismus kritisch evaluieren zu lassen und weitere Projekte – auch von Institutionen wie der Weltbank, an denen die Bundesrepublik Deutschland nur mittelbar beteiligt ist – davon abhängig zu machen, ob sie in ein Gesamtentwicklungskonzept des jeweiligen Landes eingebunden sind, das den 1992 in Rio verabschiedeten Prinzipien der Nachhaltigkeit entspricht;
8. die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit im Hinblick auf sozial und ökologisch verträglichen Tourismus verstärkt fortzusetzen und dabei die Tourismuswirtschaft mit in die Verantwortung zu nehmen;
9. eine Informationskampagne durchzuführen, in deren Rahmen Touristinnen und Touristen auf die überwiegend schädlichen Konsequenzen des Ferntourismus hingewiesen werden und zur Wahl verträglicher Reiseformen aufgerufen wird.

Bonn, den 9. Dezember 1996

Halo Saibold

Gila Altmann (Aurich)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

